Dezernat II - Bauamt	
Vorlagen Nr.: Status: Datum:	276/23/22 öffentlich 04.08.2022
Beratungsfolge	29.08.2022 Ortschaftsrat der Ortschaft Mieste Ausschuss für Bau- und Ordnungsangelegenheiten 06.09.2022 Hauptausschuss 12.09.2022 Stadtrat der Hansestadt Gardelegen
Betreff	
Benennung einer Straße im Gewerbegebiet Mieste West "Carl-Bechem-Straße"	

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

1. die Benennung des für den in der Anlage zu diesem Beschluss gekennzeichneten Bereichs der Zufahrt zum Gelände der Carl Bechem GmbH als „Carl-Bechem-Straße“
2. die Bürgermeisterin zu beauftragen, diesen Beschluss ortsüblich bekannt zu machen

Beratungsergebnis

Gremium Stadtrat		Sitzung am 12.09.2022			TOP	
Ein- stimmig	Mit Stimmen- mehrheit	Ja	Nein	Enthaltung	Laut Beschluss- Vorschlag	Ab- weichender Beschluss (Rückseite)
☐	☐				☐	☐

Sachverhalt:

Gemäß § 45 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt gehört zu den Aufgaben der Vertretung (Stadtrat) u.a. die Benennung von Straßen.

Der Firmensitz der Carl Bechem GmbH in Mieste lautet:

Kurze Straße 3, 39649 Gardelegen.

Der gesamte Zulieferer- und Schwerlastverkehr erfolgt über die Kurze Straße.

Im Ortsteil Gardelegen befindet sich unter der Postleitzahl 39638 ebenfalls eine „Kurze Straße“.

In der Vergangenheit ist es mehrfach vorgekommen, daß Zuliefer- und Schwerlastverkehr für die Carl Bechem GmbH nicht den Standort Mieste angefahren haben, sondern die Kurze Straße im Ortsteil Gardelegen. Dies hat immer wiederholt zu verkehrsrechtlichen und logistischen Problemen geführt.

Vor diesem Hintergrund beantragt die Carl Bechem GmbH die Benennung eines Abschnitts ihrer privaten Zufahrt zum Firmengelände in der Gemarkung Mieste, Flur 4, Flurstücke 1014/9 und 1328, als „Carl-Bechem-Straße“.

Nach Prüfung des Sachverhalts ist durch das Dezernat 1 der Stadtverwaltung folgende Bewertung vorgenommen worden:

Die Benennung einer Straße hat zusammen mit der Grundstückshausnummer die Funktion, Schwierigkeiten vorzubeugen, die sich im Verkehr der Bürger untereinander oder zwischen Bürgern und Behörden ergeben können, wenn Wohnungen, Betriebe, Geschäftsräume oder Dienststellen mangels ausreichender Orientierungsmöglichkeiten nicht oder nur unter Schwierigkeiten aufgefunden werden können und um in Notfällen eine schnelle Erreichbarkeit zu ermöglichen.

Bei der Entscheidung über das Ob und Wie der Umbenennung steht der Gemeinde eine weitgehende, auf dem Selbstverwaltungsrecht beruhende Gestaltungsfreiheit zu, die freilich durch den Zweck der Aufgabenzuweisung und durch die aus Art 20 Abs. 3 GG sowie besonderen gesetzlichen Bestimmungen folgenden Grenzen jeder Verwaltungstätigkeit beschränkt wird. Bei der Verfolgung dieser Zwecke hat die Gemeinde unter Beachtung der Grundsätze der Erforderlichkeit, Geeignetheit und Verhältnismäßigkeit die für die Benennung sprechenden Gründe abzuwägen.

Im Hinblick auf die tatsächlichen Schwierigkeiten der Zulieferer, die korrekte Adresse zu finden, ist vor dem Hintergrund der Ordnungsfunktion eine Neubenennung der Zufahrt geeignet und erforderlich. Die (gangbare) Alternative einer Umbenennung der Kurzen Straße wäre für den gewerblichen Busbetrieb mit spürbaren Einschränkungen verbunden (z.B. Buswerbung). Im Gegensatz dazu wäre eine Neubenennung der Zufahrt ohne Auswirkungen auf Dritte, weshalb diese Lösung zu bevorzugen ist. Dass vorliegend eine Privatstraße öffentlich benannt werden soll, ist unschädlich, soweit dies auf einen Antrag des Grundstückseigentümers zurückgeht und zur Sicherstellung ausreichender Orientierungsmöglichkeiten notwendig ist.